

**AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG
Präsidialabteilung**

GZ VD - 22.00-211/93-1 .

Graz, am 30. Juli 1993

Ggst Entwurf eines Bundesgesetzes gegen
pornographische Kinder- und Gewalt-
darstellungen und zum Schutz der Jugend
vor Pornographie (Pornographiegesetz);
Stellungnahme.

Bearbeiter: Dr. Andrea Ebner
Tel.: (0316)877/2913 DW
Telefax: (0316)877/2339
DVR: 0087122

H. Bauer

1. Dem Präsidium des Nationalrates
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1010 Wien;
(mit 25 Abdrucken);
2. dem Büro des Bundesministers für
Föderalismus und Verwaltungsreform
Minoritenplatz 3, 1010 Wien;
3. allen steirischen Mitgliedern des Nationalrates;
4. allen steirischen Mitgliedern des Bundesrates;
5. allen Ämtern der Landesregierungen
(Landesamtsdirektion);
6. der Verbindungsstelle der Bundesländer beim
Amt der NÖ Landesregierung
Schenkenstraße 4, 1014 Wien,

Betrifft GESETZENTWURF	
Zi.	GE/19 83
Datum:	3. AUG. 1993
Verteilt	06. Aug. 1993

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Steiermärkische Landesregierung
Der Landeshauptmann

Dr. Krainer eh.

F.d.R.d.A.:

Gries-Moller



AMT DER
STIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG

Präsidialabteilung - Verfassungsdienst

An das
Bundesministerium
für Justiz

Museumstraße 7
1070 Wien

Präsidialabteilung - Verfassungsdienst

A - 8011 Graz, Burgring 4

DVR 0087122

Bearbeiter Dr. Andrea Ebner

Telefon DW (0316) 877 / 2913

Telex 311838 lrggz a

Telefax (0316) 877 / 4395

Bitte in der Antwort das Geschäftszeichen (GZ)
dieses Schreibens anführen

GZ VD - 22.00-211/93-1

Graz, am 30. Juli 1993

Ggst Entwurf eines Bundesgesetzes gegen
pornographische Kinder- und Gewalt-
darstellungen und zum Schutz der Jugend
vor Pornographie (Pornographiegelgesetz);
Stellungnahme.

Bezug 701.011/1-II 2/93

Zu dem mit do.Note vom 28.Mai 1993, obige Zahl, übermittelten Entwurf
eines Pornographiegelgesetzes wird folgende Stellungnahme abgegeben:

Der Entwurf eines Pornographiegelgesetzes wird von der Steiermärkischen
Landesregierung grundsätzlich begrüßt.

Keine Zustimmung findet jedoch die Regelung der Kostentragung. Das
Land Steiermark ist nicht bereit, Kosten, die sich aus der Vollziehung
des Pornographiegelgesetzes ergeben, zu übernehmen. Es sollte daher im
§ 10 des vorliegenden Gesetzesentwurfes ganz klar festgestellt werden,
daß ausschließlich der Bund die Kosten, die sich aus einer notwendigen
ärztlichen Behandlung oder Psychotherapie oder Beratung ergeben,
trägt.

Darüber hinaus darf angeregt werden, die Einschränkung im § 4 Z.1
"sofern nicht nach der Person des Unmündigen eine Gefährdung
ausgeschlossen ist" nochmals zu überdenken. Es erhebt sich nämlich die
Frage, wie weit Erwachsene bzw. potentielle Täter überhaupt fähig

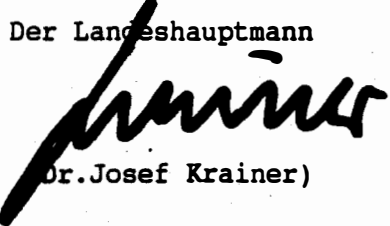
- 2 -

sind, die Wahrnehmungsfähigkeit beispielsweise eines scheinbar unbeteiligten Kleinkindes zu beurteilen. Es sollten vielmehr alle Unmündigen unter gleichen Schutz gestellt werden und es sollte den Gerichten vorbehalten sein, im Einzelfall über mögliche Schuldausschließungsgründe zu entscheiden.

Dem Präsidium des Nationalrates werden 25 Abdrucke dieser Stellungnahme unmittelbar zugeleitet.

Für die Steiermärkische Landesregierung

Der Landeshauptmann



(Dr. Josef Krainer)